

Breslauer Zeitung.



Bestellungspreis: Vierteljährlich 1 Thlr., außerhalb inck
Porto 2 Thlr., 1/2 Sgr. Inserionsgebühren für den Raum einer
rückseitigen Seite in Petitdruck 1/2 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 172. Mittags-Ausgabe.

Sechshundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dinstag, den 11. April 1865.

Preußen.

Berlin, 10. April. [Amtliches.] — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Kreisgerichtsrath Johann Christian Ferdinand Dietrich zu Quedlinburg den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Ober-Steuer-Controleur, Steuer-Inspector von Mauschwitz zu Orlitzburg und dem Bürgermeister Clasen zu Rheinsberg, im Kreise Wars. den rothen Adler-Orden vierter Klasse, sowie dem Ober-Steuer-Inspector und Ortsvorsteher David Marneth zu Seibersbach, im Kreise Kreuznach, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; ferner den zum Oberpfarrer in Jällichau berufenen Prediger Carl Bernhard Köhler zum Superintendenten der Diöcese Jällichau zu ernennen.

Die königlichen Eisenbahn-Baumeister Lademann in Bromberg, Schors in Königsberg und Cronau in Gladbach sind zu königlichen Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspectoren ernannt und denselben die Betriebs-Inspectorstellen bei der Ostbahn, resp. zu Bromberg, Dirschau und Königsberg verliehen worden.

Berlin, 10. April. [Se. Majestät der König] wohnten gestern in der Garnisonkirche mit sämmtlichen anwesenden Mitgliedern des königlichen Hauses der Einsegnung der Kadetten bei, empfingen sodann den Kriegsminister und hierauf den kaiserl. russischen General-Adjutanten Baron Lieven und besuchten dann die königliche Porzellan-Manufaktur. Um 5 Uhr fand im königlichen Palais die Familien-tafel statt.

Heute empfingen Se. Majestät den Oberstkämmerer Grafen Redern, den Obersten z. D. von Begefac, einige militärische Meldungen, den Vortrag des Civil-Kabinetts und des Wirklichen Geheimen Ober-Regierungsraths Costenoble und ertheilten Sr. Durchlaucht dem Prinzen Sayn-Wittgenstein eine Audienz. Um 5 Uhr fand im königlichen Schloß zu Ehren der Frau Großherzogin-Witwe von Mecklenburg-Strelitz eine Diner von 15 Gedecken statt.

[Ihre Maj. die Königin] hat mit Sr. fgl. Hoheit dem Kronprinzen am 8. in Weimar der feierlichen Confirmation Allerhöchstherrliche Rechte beigewohnt und ist gestern Abend hier eingetroffen.

[Se. fgl. Hoheit der Kronprinz] kehrte gestern Früh von Weimar zurück, begab sich dann zu Sr. Maj. dem Könige und hierauf in die Garnisonkirche. Demnächst empfing Höchstdieselbe den kaiserlich russischen General von Lieven und nahm an dem Familien-Diner im fgl. Palais Theil. (St.-A.)

O. C. [Aus dem heute im Druck erschienenen Bericht der Militär-Commission, deren Verhandlungen im Auszuge bereits mitgeteilt sind, tragen wir noch folgendes nach. Der Berichterstatter Abg. Gneiss formulirt an der Spitze seiner Denkschrift folgende fünf Discrepanzpunkte als die praktisch wichtigsten:

1) Der Präsenzstand des stehenden Heeres: zur Zeit der Emanation der Verfassung betrug derselbe = 131,000 M., im Jahre 1858 = 151,000 M., jetzt nach der Reorganisation 212,000 M.

2) Die Zahl der Cadres: nach den früheren Einrichtungen 126 Bataillone Infanterie, 132 Schwadronen Cavallerie, — jetzt nach der Reorganisation 143 Bataillone Infanterie, 200 Schwadronen Cavallerie, zu welchen noch 24 Schwadronen kommen sollen.

3) Die Stellung der Landwehr. Die Landwehr 1. Aufgebotes sollte nach den bestehenden Gesetzen die gleiche Stärke haben mit dem stehenden Heere, in correspondirenden Cadres — die jetzige Landwehr nach der Reorganisation besteht noch aus 117 Bataillonen in reducirter Formation und aus den Stämmen von 12 Landwehr-Cavallerie-Regimenten.

4) Die Dauer der Dienstzeit im stehenden Heere, welche von 5 auf 7 Jahre zum Zwecke der Reorganisation verlängert werden soll.

5) Die Präsenzzeit bei den Fahnen, welche nach allen diesen Erweiterungen unverändert volle drei Jahre dauern und forsan unbedingt gleichmäßig durchgeführt werden soll.

Am Schlusse der allgemeinen Debatte wurde das Resultat dahin festgestellt: „Die Staatsregierung hat zwar den aufrechten Wunsch ausgesprochen, dem Hause mit verbindlichen Schritten entgegenzukommen, aber sie kann keinen Mann von der gegenwärtigen Kriegsstärke des Heeres, kein Bataillon von der Zahl der jetzigen Cadres; kein Jahr von der 7-jährigen Dienstzeit, keinen Tag von der 3-jährigen Fahnenpflicht entbehren, sondern bietet nichts Neues, als eine Mehrforderung von 1,652,781 Thlr. im Militärbudget und eine Aussicht auf weitere Vermehrung der Linien-Cavallerie.“

Als Erläuterung der Vortheile der siebenjährigen Dienstzeit wurde von dem Commissar der Regierung, dem Major v. Hartmann, folgendes vorgebracht: Die Regierung sei bereit, den Beurlaubten der Linie und Landwehr vollständig gleiche Rechte zu geben. Sie habe verzichtet auf Beschränkungen, welche man früher den Reserve-Mannschaften gegenüber für nothwendig gehalten. Eine Mehrbelastung dieser Klasse sei nicht eingetreten: im Frieden nicht, weil ihnen gleiche Rechte gegeben sind; im Kriege nicht, weil sie sonst als Landwehrmänner doch eingezogen worden wären. Auf den bloßen Namen „Landwehrmann“ könne es dabei nicht ankommen. Der Herr Commissar wies auf folgendes Beispiel aus dem letzten dänischen Kriege hin:

Truppenaufgebot vor der Reorganisation	29,000 M. Reserve,
	49,300 M. Landwehr
	zusammen 78,300 M.
nach der Reorganisation	46,200 M. Reserve,
	5,800 M. Landwehr
	zusammen 52,000 M.

Ersparniß sei somit die Einberufung von 12,484 Familienvätern, 37,452 Thlr. Familien-Unterstützung monatlich, und 384,480 Thlr. dem Lande obliegende Kosten für die unentgeltliche Stellung der Landwehrrpferde.

Dem Wunsche einer Mittelung der auf die 2- und 3-jährige Dienstzeit bezüglichen Rabinetsordres ist der Kriegsminister durch die zum Theil auszugewiesene Mittelung der nachfolgenden Erlasse entgegengekommen: „Nachdem sich die Mehrzahl der commandirenden Generale unter den ihnen zur Begutachtung vorgelegten Vorschlägen für den 3. erklärt haben, will ich denselben vorläufig genehmigen, und überlasse dem Kriegsministerium, hierauf das Weitere zu veranlassen. Paris, 24. Sept. 1833. (gez.) Friedrich Wilhelm.“ — Der Vorschlag Nr. 4 giebt die Stärke und Zusammenfassung eines Infanterie-Bataillons wie folgt an: 62 Unteroffiziere, 60 Capitulanten, jährliche Einstellung 200 Mann, Dienstzeit 2 Jahre, Winter- und Sommerstärke 522 Mann. In den Jahren, wo die Armee-Corps vor Sr. Majestät dem Könige Rekrute haben, werden per Bataillon 80 Kriegesreserve-Rekruten eingezogen, die 6 Monate bei der Fahne bleiben. Die Stärke eines Bataillons ist alldann 602 Mann.

Ferner die Cabinets-Ordre vom 2. August 1837: „Nachdem ich von den gutachtlichen Berichten der commandirenden Generale über den in Vorschlag gekommenen neuen Infanterie-Etat nähere Kenntniß genommen habe, will ich nunmehr den in Folge Meiner Ordre vom 24. September 1833 vorläufig zur Ausführung gekommenen Infanterie-Etat, nach welchem jedes Bataillon in der Stärke von 522 M. alljährlich 200 M. Ersatz zur Ableistung einer ununterbrochenen zweijährigen Dienstzeit und in den Jahren der großen Herbstübungen 80 Reserve-Rekruten auf 6 Monate eingestellt, bis dahin fortbestehen lassen, daß die finanziellen Mittel eine allgemeine Verlängerung der Dienstzeit bei der Infanterie ohne anderweitige Inconvenienzen gestalten werden. Zugleich bestimme ich, daß von diesem Jahre an der Infanterie-Ersatz — mit Ausschluß der Reserve-Rekruten — bei sämmtlichen Armee-Corps im Herbst eingestellt werden soll. Das Kriegsministerium hat hiernach die nöthigen Anordnungen zu treffen.“

Endlich die Cabinets-Ordre vom 5. Januar 1852: „Nachdem die Erfahrung der letzten Jahre die Nothwendigkeit einer Verlängerung der gegenwärtigen Dienstzeit der Linien-Infanterie dargehan hat, will ich den mir vorgelegten Vorschlag des Kriegsministeriums, wonach die durch das Gesetz vom 3. September 1814 vorgeschriebene dreijährige Dienstzeit bei den Fahnen allgemein, also auch für die Infanterie, wiederhergestellt wird, genehmigen, und darüber mit Bezug auf die Ordres vom 24. Septbr. 1833 und 2. August 1837 folgendes bestimmen: u. f. w.“

[Der Plan, ein Parlamentshaus zu bauen,] ist keineswegs in's Stoden gerathen. Der verstorbene Stiller war mit der Zeichnung der betreffenden Pläne beauftragt. Jetzt hat ein wohlbekannter Architekt denselben Auftrag erhalten und, wie die „Zeidler'sche Correspondenz“ hört, hat gestern eine Berathung über den zu entwerfenden Plan stattgefunden.

— **Berlin, 10. April.** [Leichenbegängniß v. Rönne's.] Heute Nachmittag um 5 Uhr fand unter Theilnahme der Mitglieder des Abgeordnetenhauses, so weit sie noch hier sind, und die Präsidenten an der Spitze, das Begräbniß des am 7. d. M. hier verstorbenen Abgeordneten Präsidenten v. Rönne statt. In der Leichenhalle der Jerusalemer Kirchengemeinde vor dem Hallschen-Thor hielt der Prediger Lisco die Gedächtnisrede mit einem Hinweise auf das thätige Leben und die Gesinnungsstreue des Verstorbenen, dessen irdischer Hülle sodann die Freunde und Kollegen das Geleite zur letzten Ruhestätte auf dem Matthäi-Kirchhofe gaben, wo auch der verewigte Präsident Wengel ruht.

[Zum Denunciationszwange mittels des Zeugeneides.] Die „Staatsbürgerzeitung“ schreibt: Wie unsere Leser wissen, hat der nige unserer Mitarbeiter, der durch den Zeugniszwang dahin gebracht werden soll, den Verfasser des incriminirten Leitartikels der confisicirten Nr. 42 unserer Zeitung namhaft zu machen, nachdem bereits eine Geldstrafe von 10 Thln. gegen ihn vollstreckt und für weitere Verweigerung der Nennung des Verfassers eine Geldstrafe von 20 Thln. angedroht war, gegen dies Verfahren der Staatsanwaltschaft des hiesigen Stadtgerichts Beschwerde beim Kammergericht erhoben. Von Seiten des Letzteren ist jetzt der folgende, die Beschwerde zurückweisende Bescheid ergangen:

Auf Ihre Beschwerde vom 21. v. M. über den Beschluß der Kammergericht des königlichen Stadtgerichts, durch welchen Sie in der Untersuchungssache, betreffend die Beschlagnahme der „Staatsbürger-Zeitung“ Nr. 42, zur Ablegung eines Zeugnisses durch Geldstrafe angehalten worden sind, wird Ihnen nach Einsicht der Acten eröffnet, daß die Beschwerde unbegründet ist. Weber der § 319 Nr. 1, noch der § 319 Nr. 2 der Criminal-Ordnung, wie Sie annehmen, sind durch das Verfahren der Kammergericht verlegt. Es soll der Verfasser des incriminirten Leitartikels ermittelt werden, der Inhalt der Acten Ihnen bekannt ist.

Die General-Zeugenfrage Nr. 1 § 319 ist Ihnen ausdrücklich zur Beantwortung nicht vorgelegt worden, sie konnte Ihnen indeß, da ein Angeschuldigter vorhanden, wenn auch bisher nur Ihnen der Mann bekannt ist, sehr wohl dahin vorgelegt werden, ob Sie mit dem, dem Gericht noch unbekanntem Verfasser verwandt oder verschwägert sind. Sie kennen gesandlich den Verfasser, sind also auch im Stande, diese Frage zu beantworten.

Ein Interesse gemäß Nr. 2 des § 319 der Criminal-Ordnung haben Sie in keiner Weise erweislich oder wahrscheinlich gemacht, in Ihre Willkür kann es aber nicht gestellt werden, zu beurtheilen, ob Sie ein Interesse bei der Sache haben und Schaden von Ihrer Aussage zu besorgen vermögen. Ihre Weigerung, Zeugnis abzugeben, ist hiernach in beiden Beziehungen unbegründet und das Verfahren des königl. Stadtgerichts nach § 312 der Criminal-Ordnung vollkommen gerechtfertigt. Die Beschwerde wird zurückgewiesen.

Berlin, den 5. April 1865. Criminal-Senat des kgl. Kammergerichts. Beglaubigt: Haagen, Actuar. Der weitere Verlauf dieser Angelegenheit, die eines der wichtigsten Principien unserer Criminalgesetzgebung berührt, wird dennoch zeigen, daß sich das königliche Kammergericht mit seiner Ansicht im Irrthum befindet.

[Der Urheber der bei der preussischen Bank entdeckten Entwendung] von außer Cours gesetzten 50-Thaler-Noten ist jetzt in der Person eines Kassendieners Stuart ermittelt. Der Betrag der entwandten Noten beläuft sich, so viel bis jetzt festgestellt ist, auf etwa 40,000 Thaler. Die Ermittlung des Täters ist hauptsächlich durch den Umstand herbeigeführt, daß die Umfassung der entwandten Noten in Staatspapieren durch die Ehefrau des Stuart versucht wurde. Da dies in verschiedenen Wechselgeschäften geschehen ist, so wäre wünschenswerth, daß die sämmtlichen Inhaber der Geschäfte, welche dergleichen Noten für verkaufte Papiere in Zahlung erhalten haben, sich bei der Bank melden.

— [Rabbinerwahl.] Die Repräsentanten der berliner Synagogen-Gemeinde haben gestern endlich die Rabbinerwahl vollzogen. Dieselbe fiel auf den vom Vorstande vorgeschlagenen Rabbiner Dr. Soel zu Breslau und den Rabbiner Dr. Gademann in Magdeburg; letzterer gehört der streng orthodoxen Richtung an.

Burg, 5. April. [Zur Arbeitseinstellung.] Es bestätigt sich, daß die königl. Staatsanwaltschaft die Strafgesetze gegen die feiernden Arbeiter anzunehmen beabsichtigt. Die wir vernahmen, haben die drei Arbeiter, welche die nach Berlin abgedante Deputation gebildet haben, zum 8. d. Mts. eine Vorladung zu ihrer verantwortlichen Vernehmung erhalten. Auf Grund welches Paragraphen die Untersuchung eingeleitet werden soll, ist noch nicht bekannt. Außerdem ist sämmtlichen Arbeitern, die nicht unter der neuen Fabrikordnung arbeiten wollten, eine Verfügung zugegangen, nach der sie auf Grund des § 184 der Gewerbeordnung 5 Thlr. Strafe zahlen sollen. Uebrigens ist den Arbeitern von mehreren auswärtigen Fabriken, an welche sie sich mit der Bitte um Arbeit gewandt haben, die Antwort zu Theil geworden, daß in denselben etwa an 100 Gesellen in Arbeit treten könnten. Von den jüngeren ledigen Gesellen sind auch schon einige vierzig ausgewandert, mit ihnen sind auch einzelne verheirathete fortgegangen. (Magd. Pr.)

Frankreich.

* **Paris, 8. April.** [Unterrichts-Debatte.] Im gesetzgebenden Körper wurden gestern die Paragraphen 9, 10 und 11 der Adresse unverändert angenommen; Paragraph 12, der jetzt auf der Tagesordnung ist, handelt vom Elementar-Unterrichte. Dreizehn Mitglieder der Opposition haben die Duruy'schen Grundzüge, wie sie in der berühmten Darlegung durch den „Moniteur“ zur öffentlichen Kenntniß gelangt sind, zum Gegenstande einer lebhaften und jedenfalls für das französische Publikum höchst interessanten Erörterung gemacht. Havin und Carnot plaidirten für den Unterrichts-Minister, der Marquis d'Harincourt u. Bartholony bekämpften den pädagogischen Schulbesuch, ersterer sogar sehr scharf und in einer für seinen Verstand wenig einnehmenden Weise. Nach heftigen Ausfällen gegen den „Zeitung-Despotismus“, der sich an die Stelle der Freiheit der Tribüne drängt, hielt er dem Obscurantismus eine Schugrede mit Gründen, wie diese: „Man liebt in Frankreich nichts, was Zwang, Beschränkung und namentlich Eingriff in das heiligste Recht, das des Familienvaters, heißt. Darum wurde der Schulzwang von Zedermann in Frankreich abel ausgenommen.“ Pelletan: Und die Conscriptio? Der Marquis: Kann man etwa die Nothwendigkeit, die Grenze zu vertheidigen, mit der Nothwendigkeit, lesen und schreiben zu können, vergleichen? Favre: Allerdings! Pelletan: Diese Nothwendigkeit liegt sogar noch näher! Der Marquis: Auf wen ist dieser Zwang gemünzt? Auf den armen Arbeiter, der Arbeit

für seine Kinder nöthig hat oder für solche, die durch schlechte Wege von der Schule getrennt sind. Der edle Marquis will aus lauter Mitleid für den armen Mann, daß er ungewungen in der Dummheit erhalten werde; denn, ruft er Duruy, Favre, Pelletan u. f. w. zu: „Wir sind für die wahren, ernsten Freiheiten, doch was die mißbräuchlichen Freiheiten anbelangt, unter denen die Willkür sich versteckt, so wollen wir dieselben nicht. Angesichts der Bemühungen der Regierung, der Maire und Pfarrer für Hebung des Elementar-Unterrichtes verlangen wir, daß man dabei stehen bleibe, Prämien für die, welche ihre Kinder nach der Schule schicken, auszufetzen und wir widersetzen uns mit aller Kraft dem Grundsatz des Unterrichtszwanges.“ Hierauf hielt Bartholony eine Lobrede auf die Schulbrüder, wobei er sich erstens auf seine Würde als Maire und zweitens auf Guizot's Antwort berief, da dieser Guizot Protektant und doch ein so eifriger Verehrer dieser Congregation sei, „welche die Ehre des Landes sind.“ Carnot wies darauf hin, daß der Saß Friedrich II.: „Der Katechismus und die vier Species, das reicht hin!“ veraltet und namentlich im Lande des allgemeinen Stimmrechtes widerständig sei: „Mit der Unwissenheit ist das allgemeine Stimmrecht eine Gefahr, wie es ohne Freiheit eine Lüge ist!“ ... Man vergesse nicht, daß 800,000 Kinder jetzt jährlich ohne Unterricht bleiben. Dazu kommt, daß mehr als die Hälfte der jungen Mädchen, die sich trauen lassen, ihren Namen nicht in das Civilstands-Register einschreiben können und daß von denen, die es können, wenige ihn fertig schreiben können. Frankreich ist in Bezug auf den Unterricht hinter allen Völkern zurück, namentlich hinter Deutschland. Warum? Weil in Deutschland in Folge der Schulpflicht die Schule eine Wahrheit ist.“ Die „France“ steht natürlich auf Bartholony's Seite; auch sucht sie Carnot dadurch zu widerlegen, er sei „einer von jenen, welche im Jahre 1848 die Schulpflicht in die französische Gesetzgebung einführen wollten.“ Die „France“ findet „bei den rapiden Fortschritten, welche der Volkunterricht bei uns in dreißig Jahren gemacht hat, daß es unzeitgemäß wäre, ein Prinzip in unsere Gesetze einzuführen, das sowohl ein Eingriff in die individuelle Freiheit, wie eine Schwächung der väterlichen Gewalt sein würde.“ Diese Menschen schaudern bei der Pressefreiheit, die sie Zeitung-Despotismus nennen, und sie verlieren ihr Bishigen Verstand, sobald das Wort Zwang gegen den Obscurantismus ausgesprochen wird, und dann klagen sie beim Kaiser über die Brutalität der Massen, welche sich vom ersten besten Demagogen zu Raub, Mord und Straßenkampf verführen lassen.

Paris, 10. April. [Die „Union“] in Angers ist auf zwei Monate suspendirt worden wegen Verbreitung falscher, zur Erregung von Haß und Berachtung gegen die Regierung geeigneter Nachrichten.

Italien.

Turin, 8. April. [Die Deputirtenkammer] hat in ihrer heutigen Sitzung den ersten Artikel des Eisenbahn-Gesetzes mit einigen Modificationen, die sich auf die Fusion der toscanisch-römischen Bahn beziehen, angenommen. Die Kammer hat die weitere Discussion bis nach erfolgter Prüfung des gegen den die Anleihe garantirenden Eisenbahnverkauf eingegangenen Protestes vertagt. Der Bericht über die Anleihe ist dem Hause übergeben worden.

Neapel, 30. März. [Brigantwesen.] Der in vielen italienischen Zeitungen berichtete Tod des Briganten-Hauptmanns Fuoco hat sich nicht bestätigt. Man fand nämlich nach dem letzten Gesichte der Franzosen mit den Briganten bei einem geblühten Räuber einen Brief des bourbonischen Capitans Bosco und schloß aus dem Vorhandensein dieses wichtigen Documentes, daß der Träger desselben der Hauptling der Bande sein müsse. Erst später erkannte man den Freithum, und Fuoco giebt sich seitdem alle Mühe, seine Existenz zu beweisen. Einem französischen Soldaten, der in seine Hände fiel, riß er selbst, ehe er den Befehl, ihn auf grausame Weise zu tödten, gab, eine Medaille von der Brust und warf sie unter dem Jubelruf: „Es lebe Franz II.“ in die Luft. Auch ließ Fuoco die päpstlichen Gendarmen wissen, daß er im letzten Gesichte nur aus Schonung und Ehrerbietung für die Kirche, in deren nächster Nähe der Kampf stattfand, sich so bald zurückgezogen habe. Diese Briganten lassen sich, so oft sie nur können, die Messe lesen. So auch Fuoco, der mit seiner ganzen Bande die Messe hörte, als ihn die Franzosen überfielen. Am 12. März lieferte die Bande Cotugno bei Stigliano der italien. Infanterie und Nationalgarde ein Gesichte, worin 3 Räuber fielen. Alle italienischen Zeitungen und Berichte aus dem päpstlichen Gebiete sind darin einig, für das nahe Frühjahr eine großartige Invasion des Brigantenthums in's Königreich Neapel anzufündigen. In Castro ist noch immer das Hauptquartier der Räuber. Sie beziehen ihre Munitionen zum Theil aus Rom, zum Theil jedoch auch aus Neapel, wie vor Kurzem die Festnahme von zwei ihrer Helfershelfer im hiesigen Bahnhofe bewies, welche den Briganten 2000 Patronen zuführten. Am 22. d. fand auf dem Monte Staglia, im Gemeindebezirk von Lettere, ein Gesichte zwischen Carabinieri und Briganten statt, in welchem der Hauptling der Bande, ein gewisser Giovanni Paroto, seinen Tod fand, worauf seine Anhänger die Flucht ergriffen. Ueberhaupt haben in neuester Zeit die Räuber einige entscheidene Niederlagen erlitten. So ist die ganze Bande des Coppolone, welche die Provinz Basilicata heunruhigte, jetzt aufgelöst. Viele Briganten derselben haben sich selbst ausgeliefert. Indessen treiben mehrere Banden, selbst gar nicht sehr weit von Neapel entfernt, noch ungestört ihr Spiel fort. (R. Z.)

Belgien.

Brüssel, 8. April. [Das Pistolenduell] zwischen dem Kriegsminister Chazal und dem antwerpern Abgeordneten Delaet hat heute Morgen 8 Uhr in einer Privatreitbahn in der Rue de l'Equateur stattgefunden. Die Secundanten des Ministers waren die Generale Guillaume und Soudain de Niederwelf, des Abgeordneten die Herren Rothomb und Graf Liedekerke. Der erste Schuß gehörte Herrn Delaet, dessen Kugel dem Minister an der rechten Seite eine Streifwunde beibrachte; General Chazal schloß und fehlte, worauf der anwesende Arzt der Fortsetzung des Kampfes sich widersetzte. Herr Delaet ging nunmehr auf den General Chazal zu und sprach ihm die Versicherung aus, daß er nicht aus Gründen persönlicher Feindschaft, sondern aus parlamentarischem Pflichtgefühl gegen ihn aufgetreten sei. Herr Chazal antwortete mit der Erklärung, auch er seinerseits bedauere die Heftigkeit des gegen Herrn Delaet gebrauchten Ausdruckes, und beide Gegner reichten sich versöhnt die Hände. Die Wunde des Kriegsministers ist so ungeschwerlich, daß er am Nachmittag schon einen Spaziergang vornehmen konnte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sämmtliche in das Duell verwickelte Persönlichkeiten den Gerichten über den Vorgang Rechenschaft werden ablegen müssen. (R. Z.)

